Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.09.2019 **Drucksache 18/3716**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Gerd Mannes, Franz Bergmüller** und **Fraktion (AfD)**

Bayerische Wasserstoffstrategie: Investitionen in Forschung tätigen und deren breite Anwendung auf marktwirtschaftlicher Basis etablieren

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Energieforschung im Bereich synthetischer Energieträger zielgerichtet zu fördern, um den Wirtschaftsstandort Bayern hier zum Technologie- und Innovationsführer zu machen. Die Forschungsmittel für Wasserstofftechnologie für die Anwendung in allen Sektoren (Mobilität, Wärme, Strom, etc.) ist daher massiv aufzustocken.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die „Bayerische Wasserstoffstrategie“ ordnungspolitisch derart auszugestalten, dass Wasserstofftechnologien auf marktwirtschaftlicher Basis zur breiten Anwendung gelangen, ohne dabei jedoch auf Kosten von Verbrauchern und Steuerzahlern subventioniert zu werden.
3. Damit einhergehend wird die Staatsregierung aufgefordert, auch bei anderen synthetischen Energieträgern eine rein marktwirtschaftliche Einführung zu gewährleisten, um den technologieoffenen Ansatz beizubehalten.
4. Abschließend wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auch auf Bundesebene dafür einzusetzen, synthetische Energieträger inkl. Wasserstoff ohne Subventionierung in den Markt einzuführen sowie die Energieforschung weiter auszubauen.

Begründung:

Die Staatsregierung will die Energiewende vorantreiben und dazu verstärkt auf Wasserstofftechnologien setzen. Diese können einen entscheidenden Beitrag zur Sektorenkopplung leisten. Da die energetische Verwendung von Wasserstoff und anderen synthetischen Energieträgern bisher unwirtschaftlich ist, will die Regierung entsprechende Technologien subventionieren.[1] Dabei ist jedoch zu befürchten, dass die bisherigen Fehler der Energiewende wiederholt werden. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) wurden bereits intransparente und sozial ungerechte Umverteilungsmechanismen geschaffen, mit denen trotz Investitionen in Höhe von rund 160 Milliarden Euro allein innerhalb der letzten fünf Jahre die energiepolitischen Ziele der Staatsregierung nicht erreicht wurden.[2] Es ist in jedem Fall zu vermeiden, dass Verbraucher und Steuerzahler erneut derartige Belastungen schultern müssen. Wasserstoff und andere synthetische Energieträger müssen sich daher

[1] https://www.welt.de/regionales/bayern/article199755802/Bayern-will-Wasserstoff-Technologie-ausbauen.html

[2] https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/sonderberichte/langfassungen-ab-2013/2018/2018-sonderbericht-koordination-und-steuerung-zur-umsetzung-der-energiewende-durch-das-bundesministerium-fuer-wirtschaft-und-energie-pdf

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

auf marktwirtschaftlicher Basis durchsetzen, um volkswirtschaftliche Verluste zu vermeiden. Davon ausgenommen bleibt die Forschung in diesem Bereich, diese muss zielgerichtet gefördert werden. Massive Investitionen in Forschung und Entwicklung sind v. a. im aufstrebenden Wasserstoffmarkt unerlässlich, um Bayern hier die Technologieführerschaft zu sichern. Die seitens der Staatsregierung bereitgestellten Mittel sind hierfür nicht ausreichend.